

Antrag A20

Antragsteller: Felix Pahl

§16 Absätze 5 und 6 der Satzung sollen wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Minderheiten besetzen werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung.
- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen Anteil von mindestens 50% Frauen und mindestens 25% diskriminierte Menschen in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§16 Absatz 10 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (10) Abweichend von §17 Absatz 1 können §16 der Satzung (Vielfaltsförderung) sowie die entsprechenden Bestimmungen der Wahlordnung nur mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

§4 Absatz 4 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Wer selbst bei der Wahl kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§5 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

§6 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 6 Wahlverfahren

- (1) Eine Position im Sinne dieser Wahlordnung ist ein Listenplatz, ein Parteiamt oder ein Mandat.
- (2) Vor der Wahl für eine Position wird für jede Quotenregelung geprüft, ob bei Wahl einer Person, die nicht der quotierten Gruppe angehört, die Mindestquote für die bis dahin besetzten Positionen erfüllt würde. Ist dies nicht der Fall, so ist die Position für die entsprechende Gruppe reserviert. Würde dabei eine Position sowohl für Frauen als auch für diskriminierte Menschen reserviert und stellt sich keine Bewerberin zur Wahl, die beide Bedingungen erfüllt, so wird die Position nur für diskriminierte Menschen reserviert.
- (3) Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.
- (4) Bei der Wahl eines einzelnen Parteiambtes mit bestimmter Zuständigkeit (z.B. einer Schatzmeister/in) wird keine Quotierung angewandt. Bei der Wahl mehrerer

Gelöscht: mindestens hälftigen Frauenanteil

Gelöscht: Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten.

Gelöscht: V

Gelöscht: kann

Gelöscht: für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat

Gelöscht: § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate¶

¶
<#>Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.¶

¶
<#>Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.¶

¶
<#>Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)¶
für gleiche Parteiämter oder Mandate

Gelöscht: für gleiche Parteiämter oder Mandate

Parteiämter mit gleicher bestimmter Zuständigkeit (z.B. zweier Kassenprüfer/innen oder zweier Vorsitzender) bezieht sich die Quotierung nur auf diese Ämter. Bei der Wahl von Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit in einem Parteigremium (z.B. weiterer Mitglieder in einem Vorstand) bezieht sich die Quotierung dagegen auf das gesamte Gremium. Bei der Wahl eines Gremiums werden die Ämter mit bestimmter Zuständigkeit vor den Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit gewählt.

(5) Sollten sich vor der Wahl einer Position, nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt.

(6) Votiert die Gruppe gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in, so soll die Liste nicht weiter besetzt werden und an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Aufstellung der Liste vertagt werden soll oder ob die Liste in der dann bestehenden Form angenommen wird.

(7) Für Wahlen von Parteiämtern kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl von Ämtern mit gleicher (bestimmter oder unbestimmter) Zuständigkeit gemeinsam stattfinden soll. Das Verfahren wird dann in zwei Schritten durchgeführt: Es wird eine reguläre Wahl über alle Kandidaten/innen wie in §§ 8, 9 und 10 beschrieben durchgeführt und gemäß §11 in Reihenfolge gebracht. Dann werden die Posten der Reihenfolge nach besetzt, wobei die Quotenregelungen wie oben beschrieben von der Wahlkommission direkt angewandt wird. Die Wahlkommission gibt dann die Liste oder Mandate als ganzes bekannt.

§11 Absatz 4 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

Begründung:

Der Antrag verfolgt mehrere Ziele:

- Das Wahlverfahren zur Umsetzung unserer Quotenregelungen ist zurzeit sehr kompliziert; dadurch entstehen Unklarheiten und Unsicherheiten. Der Antrag versucht es bei überwiegend unveränderten Auswirkungen zu vereinfachen.
- Insbesondere das Wahlverfahren für Vorstände, die aus Mitgliedern mit bestimmten Zuständigkeiten (Vorsitzende, Schatzmeister*in) und weiteren Mitgliedern ohne bestimmte (formale) Zuständigkeiten bestehen, ist zurzeit schwer durchschaubar. Hier versucht der Antrag mehr Klarheit zu schaffen.

Gelöscht: Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten.

Gelöscht: <#>Sollte durch die Durchsetzung einer anderen Quote ein einer Frau zustehender Platz mit einem Mann besetzt werden, verschiebt sich die Alternierung von Frauen um einen Platz, und die nächste darauf folgende Stelle ist dann mit einer Frau zu besetzen. Darüber hinaus soll die nächste nach dieser Quote besetzter Platz mit einer Frau besetzt werden.¶
<#>¶

Gelöscht: eines Platzes

Gelöscht: aller Plätze

Gelöscht: ¶
<#>Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben.¶

- Die Quotierung aufgrund nummerierter Plätze, die im Wesentlichen von anderen Parteien übernommen wurde, hat einige Nachteile:
 - Auf dem vergangenen Parteitag wurde die berechnete Frage aufgeworfen, warum der fünfte Platz auch dann einer Frau vorbehalten sein sollte, wenn auf den ersten vier Plätzen schon vier Frauen gewählt wurden.
 - Die starre Reservierung der Hälfte der Plätze führt aber umgekehrt auch dazu, dass die übrigen Plätze informell als "Männerplätze" wahrgenommen werden und eine gewisse Hürde entsteht, dass Frauen darauf kandidieren. Damit wirkt sie unbeabsichtigt dem eigentlichen Ziel entgegen. Zum Beispiel sollte eine weibliche Doppelspitze (Frauen auf den Plätzen 1 und 2) statistisch unter idealen geschlechtergerechten Bedingungen ungefähr jedes vierte Mal auftreten – bei den etablierten Parteien mit Frauenquote ist das aber der absolute Ausnahmefall, u.a. weil dazu eine Frau auf einem "Männerplatz" gewählt und der erste Mann auf Platz 4 verdrängt werden muss.
 - Andere Parteien, die eine Frauenquote mit nummerierten Plätzen umsetzen, haben nicht wie wir eine Vielfaltquote. Die Kombination der beiden Quoten anhand fester nummerierter Plätze ist kompliziert.

Der Antrag ersetzt deshalb die Reservierung fester nummerierter Plätze durch eine einfache Vorschrift, die sicherstellt, dass in jedem Schritt des Wahlverfahrens die Mindestquoten erfüllt sind.

Dadurch, dass das System sowohl frauenfördernd wirkt (mehr weibliche Doppelspitzen) als auch verhindert, dass Plätze unnötigerweise für andere Geschlechter gesperrt werden, kann es hoffentlich dazu beitragen, dass die Quoten in der Partei noch breiter unterstützt werden.

Die Regel in §6 Abs. 3 ("Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.") dient dazu, die bisherige Form der Vielfaltquote im neuen System zu reproduzieren. Bisher wurde beim dritten und dann jedem vierten Platz (also bei den Plätzen 3, 7, 11, ...) sichergestellt, dass die Vielfaltquote erfüllt wird. Auch nach dem neuen System können auf den Plätzen 1 und 2 Menschen ohne Vielfalt kandidieren: 2 Menschen ohne und 0 Menschen mit Vielfalt zählen durch die Erhöhung um 1 wie 3 Menschen ohne und 1 Mensch mit Vielfalt; die Mindestquote von 25% ist also genau erfüllt. Auf Platz 3 muss aber dann ein Mensch mit Vielfalt gewählt werden (wenn das auf den Plätzen 1 und 2 noch nicht passiert ist), denn 3 Menschen ohne und 0 Menschen mit Vielfalt würden wie 4 Menschen ohne und 1 Mensch mit Vielfalt zählen, was nur 20% wären. Entsprechend funktioniert es bei den späteren Plätzen; durch die Erhöhung um 1 wird immer spätestens auf den Plätzen 3, 7, 11, ... ein weiterer Mensch mit Vielfalt gewählt, wie im bestehenden System.

Der Antrag beseitigt eine in §6 Abs. 2 der Wahlordnung eine bestehende Unklarheit darüber, was genau in §6 Abs. 6 der Wahlordnung mit dem "Vorrang" der Vielfaltsquote gegenüber der Frauenquote gemeint war.

Die Bestimmungen in der Satzung, die Einzelheiten des Wahlverfahrens betreffen und eigentlich in die Wahlordnung gehören, werden dort gestrichen; dafür wird §16 Absatz 10 der Satzung so geändert, dass die Bestimmungen der Wahlordnung, die den §16 der Satzung ("Vielfaltsförderung") umsetzen, wie dieser nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden können.